



Wie komme ich raus aus Stuttgart?

Inhalt	Seite	Seite
Lehrer an der kurzen Leine	2/3	8
Aus den Schulen	4/5	10
GEW im Dialog	6/7	12
		Technische Lehrkräfte
		Auslandsbericht
		Termine, Termine

Raus aus Stuttgart? - Zur Zeit schwierig!

Lehrer an der kurzen Leine

Es ist noch nicht so lange her, da war der Wunsch bei Neueinstellungen und Versetzungen an einer Stuttgarter Schule zu unterrichten, groß. Das hat sich inzwischen geändert.

Versetzungswünsche von Stuttgart weg sind um ein Vielfaches höher als Versetzungsanträge nach Stuttgart. Die Gründe dafür sind mehr als verständlich. Will man eine Familie gründen und sucht eine Wohnung, dann kann das dauern bis man was angeboten bekommt, das dann auch noch bezahlbar ist. Wohnt man schon etwas außerhalb und pendelt nach Stuttgart, dann steht man, wenn man auf das Auto angewiesen ist, oft und immer länger im Stau. Wenn man öffentliche Verkehrsmittel nutzt, hat man meist eine längere Anfahrtszeit und kann auch nicht sicher sein bei zunehmenden Verspätungen und Bahnausfällen seine Schule pünktlich zu erreichen. Dies führt besonders bei Lehrkräften zu Stresssituationen, denn entweder ist die Aufsichtspflicht nicht erfüllt oder eine andere Lehrkraft muss einspringen. Dies wird sich mit Stuttgart 21 wohl noch verschärfen.

Die bedenkliche Luftqualität in Stuttgart trägt ebenfalls dazu bei, dass es in den letzten Jahren zu einer "Lehrerstadtflucht" in Stuttgart gekommen ist und die Anzahl der Versetzungsanträge von Stuttgart weg im GHWGRS-Bereich ein drei bis vierfaches gegenüber denen nach Stuttgart rein beträgt.



Vielmehr Lehrer/innen wollen raus aus Stuttgart, als rein.

Einmal Stuttgart, - immer Stuttgart?

Dies fragen sich inzwischen immer mehr Lehrkräfte, die wiederholt keine Freigabe für eine Versetzung in ein anderes Schulamt, Regierungspräsidium oder Bundesland erhalten haben. Selbst für die Ausschreibungen für den ländlichen Raum, die im Februar stattgefunden haben, gab es für einige Kolleg/innen keine Freigaben des Regierungspräsidiums Stuttgart (RPS). Im Hauptausschreibungsverfahren im April war dies dann auch der Fall. Viele Kolleg/innen waren verbittert und enttäuscht, da sie keine Möglichkeit hatten sich an einer ausgeschriebenen Schule zu bewerben. Voraussetzung für eine Bewerbung im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ist die Freigabe des RPS. Manche Kolleg/innen haben das Gefühl, in Stuttgart festzusitzen, wenn sie nicht wirklich schwerwiegende Gründe nachweisen können. Vorrangig versetzt werden Kolleg/innen mit familiären Gründen und mit Angehörigen, die eine Pflegestufe nachweisen können.

Auslandsschuldienst und Beurlaubungen aus anderen Gründen

Auch für Anträge diesbezüglich gab es dieses Jahr erste Einschnitte. Mit der Begründung es liege kein dienstliches Interesse vor und in Anbetracht der unzureichenden personellen Versorgung der Schulen insgesamt, wurden etliche Anträge abgelehnt. Fast wöchentlich berichten die Medien über die fehlenden Lehrkräfte und den Unterrichtsausfall. Wenn sich die Situation noch weiter zuspitzt in den kommenden Jahren und der Pflichtunterricht nicht mehr gewährleistet werden kann, könnte es zu weiteren Maßnahmen seitens des Kultusministeriums kommen. Frau Dr. Eisenmann hat eine Deputatserhöhung nicht im Auge – aber kann man sich da sicher sein? Es wird schon über ein weiteres Vorgriffsstundemodell gemunkelt, Mindestanzahl von Deputatsstunden wie in Bayern, wenn keine familiäre Begründung vorliegt, Aussetzen des Sabbatjahrs, Es bleibt abzuwarten, was da auf die Lehrkräfte zukommt.

Personeller Notstand in allen Schularten

Diese Situation gab es schon längere Zeit nicht mehr, dass fast alle Bewerberlisten leer sind und man auf immer mehr befristet Beschäftigte und sogenannte „Nichterfüller“ zurückgreifen muss, um den Unterricht einigermaßen abzusichern.

Die „befristet Beschäftigten“ sollen es retten!

Im GHWGRS-Bereich war die Lehrerreserve bereits zu Beginn des Schuljahres fast aufgebraucht. Der weitere Ausfall von Lehrkräften während des Schuljahres konnte somit nur schwerlich aufgefangen werden. Versuche des Kultusministeriums über Deputatsaufstockungen von Kolleg/innen während des Schuljahres, frühere Rückkehr aus der Elternzeit und Einspringen von Pensionären hatte nur mäßigen Erfolg. Die permanent angekündigte Streichung von Lehrstellen dürfte u.a. auch dazu beigetragen haben, den Lehrerberuf unattraktiv zu machen oder ein Abwandern in andere Bundesländer oder in die Schweiz zu bewirken.

Diese verfehlte Personalpolitik der Landesregierung bei den Lehrkräften zeigt sich nun in aller Deutlichkeit. Die GEW hat den bevorstehenden Lehrermangel oft angemahnt und für eine Erhöhung der Lehrerreserve und Abkehr von Kündigungen befristet Beschäftigter zu den Sommerferien gefordert – leider vergeblich. Die Erhöhung der Zulassungszahlen zum Studium an den Pädagogischen Hochschulen kommt da reichlich verspätet und nützt dem augenblicklichen Mangel wenig.

Konsequenzen und Auswirkungen auf Versetzungsanträge/Bewerbungen

Lehrkräfte und Schüler baden nun die Folgen der verfehlten Personalpolitik aus. Schulleitungen, Schulämter und die Regierungspräsidien geben Kolleg/innen nicht frei, aus der Sorge, keinen Ersatz für die Lehrkraft zu bekommen. Jeder hält an seinen Lehrkräften fest, weil eine Freigabe ein falsches Signal sein könnte. Es könnte dahingehend ausgelegt werden, dass ja kein

Aus der Gemeinschaftsschule

Bedarf bestehe und man deshalb auch nicht davon ausgehen kann, dass diese Lehrkraft ersetzt wird. Die Versetzungsrunde vom letzten Jahr hatte zur Folge, dass die vier Regierungspräsidien ungleichmäßig versorgt waren und dies nicht über die Neueinstellungen ausgeglichen werden konnte. So hatte das RPS prozentual die schlechteste Versorgung. Verständlich, dass in diesem Jahr das RPS mit Versetzungen zurückhaltender umgegangen ist – zum Bedauern der Kolleg/innen, die sich eine örtliche Veränderung gewünscht hätten.

Die GEW wird sich auch weiterhin für einen konsequenten Ausbau der Lehrerkapazitäten und eine Erhöhung der Lehrerreserve einsetzen. Die vielgepriesene Qualitätsentwicklung kann nicht mit einer „auf Kante genähten“ Lehrerversorgung gelingen. Eine gute Lehrkräfteversorgung würde die Versetzungschancen erhöhen, zu mehr Freigaben bei den Ausschreibungen und zu einer deutlichen Steigerung der Arbeitszufriedenheit und somit der Unterrichtsqualität führen.

Erwin Berger

Vorsitzender der Fachgruppe sonderpädagogische Berufe, Sonderschullehrer an der Margarete-Steiff-Schule und Vorsitzender des Örtlichen Personalrats beim Staatlichen Schulamt Stuttgart



Einrichtung einer Oberstufe an einer GMS in Stuttgart

Mit der Zukunft der Gemeinschaftsschule in Stuttgart beschäftigte sich der Schulbeirat der Stadt in seiner jüngsten Sitzung. Mittlerweile haben sich acht Schulen zur Gemeinschaftsschule weiterentwickelt, wobei die Elise-von-König GMS als erste im Schuljahr 2013/2014 gestartet ist und sich die Schüler/innen nun bereits in Klasse 9 auf ihre Abschlüsse vorbereiten. Es ist demnach an der Zeit, über die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der GMS nachzudenken und damit den Schülerinnen und Schülern, sowie deren Eltern eine Perspektive zur Erlangung des Abiturs zu bieten.

Langfristig benötigt eine Gemeinschaftsschule, die eine gymnasiale Oberstufe einrichten möchte, stabile Anmeldezahlen von mindestens 60 Schülerinnen und Schülern nach der Klassenstufe 10. Die Stadtverwaltung sieht diesen Bedarf gesichert ab dem Schuljahr 2021/2022.

Einig sind sich alle Beteiligten darüber, dass die Einrichtung einer Oberstufe an der GMS dem Wunsch vieler Eltern entspricht, die bereits bei der Anmeldung ihrer Kinder eine Perspektive und einen Fahrplan zum Abitur haben möchten.

Auch erhofft man sich stabilere Anmeldezahlen und eine gesteigerte Attraktivität und Akzeptanz der noch jungen Schulart.

Für die dringend benötigten Gymnasiallehrkräfte an der GMS bietet eine Oberstufe ebenso einen Anreiz, an diese Schulart zu wechseln.

Die immer wieder zu hörende Kritik, eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule nehme den Beruflichen Gymnasien die Schüler weg, ist in Anbetracht der Anmeldezahlen zum Übergang an das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Gymnasium in Stuttgart widerlegt, übersteigen diese jährlich deren Aufnahmekapazitäten.

So möchte der Schulträger im kommenden Jahr einen Antrag zur Genehmigung einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Stuttgart stellen. Alle acht Gemeinschaftsschule haben signalisiert, gemeinsam an der Erarbeitung eines pädagogischen Konzepts für diesen Standort zu arbeiten.

Doch an welcher Schule soll die Oberstufe entstehen? Angesichts der oft angespannten Raumsituation, welche es schon jetzt nicht ermöglicht, Lernateliers einzurichten, Lerngruppen aufzuteilen oder den Ganzttag sinnvoll mit genügend Bewegungs- und Rückzugsmöglichkeiten zu gestalten, eine große Herausforderung.

Der Standort sollte darüberhinaus gut erreichbar sein und über die notwendigen Raumkapazitäten oder Erweiterungsmöglichkeiten verfügen.

„Kurzfristig erscheint dies nur bei der Schickhardt-Gemeinschaftsschule der Fall zu sein, wenn diese sich durch Übernahme der Räume in der ehemaligen Heusteigschule auf zwei Standorte verteilt“, so Schulbürgermeisterin Fezer.

Die Schickhardtschule ist schon seit längerer Zeit in die Überlegung der Zweiteilung des Schulstandortes eingebunden. Eine Herausforderung auch für das gesamte Kollegium. Gilt es doch neben der Weiterentwicklung der Konzeption für die sich im Aufbau befindende GMS auch den zweiten Standorte an der Heusteigschule zu entwickeln, Ideen zu haben, wie eine Trennung der Schulgemeinschaft zu überwinden ist. Hinzu kommt nun die gemeinsame Erarbeitung eines Konzepts für eine Oberstufe.

Unverzichtbar für diesen Aufbauprozess ist die Unterstützung durch das Schulamt, durch externe Berater und genügend Zeitressourcen, schließlich kommt ein gut ausgearbeitetes und vorbereitetes Konzept allen Schülerinnen und Schülern zugute, die diese Schulart an den verschiedenen Standorten besuchen!

Jörn Pfeifer

Lehrer an der Schickhardt GMS, Mitglied im Kreisvorstand, Kreisfachgruppe RS/GMS



Aus den Schulen

LEBEN – BILDUNG – SCHULE IN STUTTGART

Vor wenigen Wochen wurde der Bildungsbericht der Landeshauptstadt Band 1 Grundschulalter (5-11-jährige) vorgestellt. Dieser wurde im Referat Jugend und Bildung von der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft, dem Schulverwaltungsamt, dem Jugendamt und dem Staatlichen Schulamt erstellt. Vorhandene Datensätze wurden für diesen Bericht ausgewertet. Er ist eine wahre Fundgrube.

Der Bericht ist in 6 Bereiche untergliedert.

1. Demografische Rahmenbedingungen
2. Schuleingangsphase
3. In der Grundschule
4. Übergang auf weiterführende Schulen
5. Bildung weit gefasst – die außerschulische Stuttgarter Bildungslandschaft
6. Bezirksprofile

Im Vorwort wird ausdrücklich betont, dass Bildung den Erwerb einer umfassenden Kompetenz zur autonomen Lebensführung sowie einer chancengleichen Teilhabe und Mitbestimmung in der Gesellschaft bedeutet. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies auch „kein Kind darf verloren gehen“. Die Stadt Stuttgart hat sich mit dem Konzept der kommunalen Bildungslandschaft auf den Weg gemacht. Eine intensive Zusammenarbeit der Ämter setzt dies genauso voraus wie eine konstruktive Zusammenarbeit von Kommune und Land.

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit können zum Wohle aller umgesetzt werden. Sofern der politische Wille da ist. Es kommt jetzt darauf an, welche Handlungsempfehlungen aus diesem umfassenden Zahlenmaterial gegeben werden.

Es kann für unsere Tätigkeiten in den unterschiedlichen Bereichen nur hilfreich sein, sich mit dem Bericht einmal auseinanderzusetzen. Als konkreten Vorschlag möchte ich die Zusammenfassung der spezifischen Statistiken für den eigenen Stadtbezirk in einer GLK vorzustellen. Dies kann auch erst einmal nur ein Teilbereich sein, wie zum Beispiel die Schuleingangsphase oder der Ganztags. Die Daten können auch unsere Forderungen, zum Beispiel nach Schulsozialarbeit an den Grundschulen, unterstützen.

Die Stadt hat umfassende Informationen den Bürger/innen in die Hand gegeben. Es liegt jetzt an uns mit diesen Informationen für eine umfassende Bildung beizutragen, damit kein Kind verloren geht. Wir Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter/innen sind die Fachleute vor Ort. Unsere Kompetenzen dürfen nicht hintenanstehen. Klar muss jedoch auch sein, dass dies eine Kommunikation auf Augenhöhe ist. Die städtischen Ämter sind gut beraten bei anstehenden Veränderungen die Schulen frühzeitig und umfassend zu informieren und mit ihnen ins Gespräch zu gehen. Konkret denke ich hierbei an Ganztageschulen.

Band 1 Grundschule deutet schon daraufhin, dass es weitere Bände geben soll.

Band 2 wird sich mit den 10 - 16 Jährigen befassen

Band 3 beschäftigt sich mit den jungen Erwachsenen.

Wir können gespannt sein!

Annemarie Raab



FRITZ-NUSS-SCHULE

Passend zum 175-jährigen Jubiläum des „Olgäles“ feierte auch die „Schule für Kranke am Klinikum Stuttgart“ am Freitag, den 13.10.2017 ihre Jubiläumsfeier. Gleichzeitig wurde in diesem festlichen Rahmen der Schule ein Name verliehen. Der Wunsch nach einem Schulnamen bestand im Kollegium der Schule für Kranke schon seit längerer Zeit und so war dieses Thema immer wieder Gesprächsgegenstand vieler Konferenzen. Im Herbst 2015 machten wir einen Lehrerausflug nach Strümpfelbach. Ziel war der Skulpturenlehrpfad in den Strümpfelbacher Weinbergen mit Werken von Fritz Nuss und einem anschließenden Besuch des Ateliers und der Ausstellung von Karl-Ulrich Nuss. Wir alle waren nachhaltig beeindruckt von dem Künstler, der Führung und den Werken, so dass die Idee aufkam, „Fritz-Nuss-Schule“ könne ein passender Name für unsere Schule sein. Bei der Verfolgung dieser Idee trafen wir auf immer mehr Gründe, weshalb Fritz Nuss ein passender Namensgeber für unsere Schule sein könnte: Fritz Nuss hat selbst lange in Stuttgart gewohnt. Es finden sich insgesamt an 15 Orten Werke von Fritz Nuss in Stuttgart. Direkt vor dem Eingang des Olgäles und der KJP (Kinder- und Jugendpsychiatrie) befinden sich ebenfalls Arbeiten von Fritz Nuss. Fritz Nuss war selbst Lehrer. Und auch die Tatsache, dass seine Skulpturen den Menschen nicht idealtypisch zeigen, sondern in untypischen Proportionen und oft mit rauer und rissiger Oberfläche, fanden wir passend. Denn auch unsere Schüler/innen weichen oft durch ihre Erkrankung von gesellschaftlichen Wünschen und Normen ab. So reichten wir Ende November 2015 beim Regierungspräsidium und bei der Stadt Stuttgart einen Antrag auf Namensgebung ein. Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 13.7.2017 wurde abschließend festgelegt, dass unsere Schule mit dem Tag der Jubiläumsfeier den Namen „Fritz-Nuss-Schule“ tragen darf. Zum heutigen Zeitpunkt gehören 30 Lehrer/innen aller Schularten zum Kollegium der Fritz-Nuss-Schule. Wir unterrichten täglich 130 Schülerinnen und unsere Schülerkartei umfasst am Ende des Schuljahres etwa 1200 Namen. Dabei gibt es 3 Standorte, an denen wir Kolleg/innen die Kinder und Jugendlichen unterrichten:

1. das Olgahospital in der Kriegsbergstraße
2. die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Stuttgarter Westen
3. das Zentrum für Seelische Gesundheit in Bad Cannstatt

Mit der Umbenennung der ehemaligen Sonderschulen in SBBZ, heißt nun die Schule natürlich nicht nur Fritz-Nuss-Schule, sondern (man übe sich in der Aussprache bevor man zum Telefonhörer greift ...) Fritz-Nuss-Schule, Klinikschule Stuttgart, Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit Förderschwerpunkt Schüler in längerer Krankenhausbehandlung!!!

Tanja Eidenmüller, Ulrich Braun

Die Grundschule als Ort qualitätvoller Bildungsarbeit

So lautete der Titel des diesjährigen Grundschultages am 5. Mai 2018. Gemeinsam mit dem Grundschulverband hatte die GEW zu der Veranstaltung geladen. Nach einer informativen, kämpferischen Begrüßung durch die Gastgeberinnen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und vom Grundschulverband, Doro Moritz und Prof. Dr. Claudia Vorst, gewährte Rektor Levin Lüftner, Schulleiter der Grundschule am Grasigen Hag in Weinsberg, in seinem Impulsvortrag „Alltag in der Grundschule: Tägliche Herausforderungen“, einen Einblick in die aktuellen Fallstricke und Untiefen, wie auch die Freuden und Glücksmomente der Arbeit in der Grundschule. Insbesondere die, so beschriebenen, sehr kritischen und zum Teil wissenschaftlich wenig fundierten, Äußerungen und Vorurteile der Kultusministerin zur Arbeit in der Grundschule wie das angebliche „Schreiben nach Gehör“ würden bewusst einen „Keil zwischen Schule und Elternhaus treiben“. Mit drei Wünschen an die „gute Fee“ im Kultusministerium schloss Herr Lüftner seine bildhaften Ausführungen. Wunsch 1: Ethik in der Grundschule, Wunsch 2: Keine Noten, Wunsch 3: Mehr Ressourcen. An diese Wünsche schloss Doro Moritz an und erinnerte daran, dass Baden-Württemberg in der Grundschule weiterhin an 16. Stelle in der Lehrer/Schüler-Relation der 16 Bundesländer liegt und das, obwohl es mit 44,3 Prozent Kindern mit Zuwanderungshintergrund in den 4. Klassen, bundesweit fast an der Spitze steht. Zu den Wünschen Herr Lüftners formulierte sie noch weitere Forderungen, wie A13 für alle Lehrkräfte in der Grundschule.

Gute Bildungspolitik, die echte Qualität und nicht ständig neue Baustellen und Unruhe in die Schulen bringt, ist eine parteienübergreifende Aufgabe und viel zu wichtig, um sie ständig wechselnden Mehrheitsverhältnissen je nach Legislaturperiode zu überlassen – da waren sich alle Teilnehmer/innen bei der anschließenden Podiumsdiskussion einig.



Es diskutierten Ministerialdirigent Vittorio Lazaridis aus dem Kultusministerium, die Bildungspolitiker Daniel Born (SPD) und Dr. Timm Kern (FDP) und die GEW-Vorsitzende Doro Moritz mit Rektor Levin Lüftner. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Christoph Straub aus dem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Albstadt.

Anfangs berichtete Herr Lazaridis, Leiter der Abteilung 3 des Kultusministeriums, über seine eigene schwäbische Bildungsbiographie, als Kind italienisch-griechischer Einwanderer. Für ihn war es ein besonderes Heimspiel, da er seine Grundschulzeit in der gastgebenden Wilhelmschule Untertürkheim verbracht hatte.

Der FDP-Politiker Dr. Timm Kern erklärte, Politik sei für die Rahmenbedingungen zuständig. Für ihn ist aber die beste Bildungspolitik diejenige, die wenig Politik benötige, um viel Bildung zu erreichen. Daniel Born stellte den Sinn der regelmäßigen Leistungsüberprüfungen an sich in Frage. Seit dem PISA-Schock befinde sich das Land doch in einem fortdauernden „Panikmodus“. Dabei sei doch längst klar, was Grundschule benötige: „Zeit, Räume, Ausstattung und Wertschätzung.“ Für ihn wäre eine „Enquête-Kommission“ der richtige Weg, um dies für die Grundschule durchzusetzen.

Trotz der guten Ansätze, die in der Runde angesprochen wurden, blieb es bei einer fröhlichen „Wünsch – dir – was“ Runde. Denn die verantwortlichen Regierungsparteien waren leider nicht mit am Tisch. Hatte die CDU schon im Vorfeld ihre Teilnahme abgesagt, war Frau Sandra Boser vom Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung im Landtag und bildungspolitische Sprecherin, kurzfristig verhindert.

Und so ging der wichtigste Appell des Tages an die anwesenden Gäste von Herrn Lazaridis. Er habe auf die Äußerungen von Frau Dr. Eisenmann zum Thema Rechtschreiben in der Grundschule in einer Woche über 20 Briefe erhalten von besorgten, sich bestätigt fühlenden Eltern und Gymnasiallehrer/innen. Auf Briefe von Grundschullehrkräften würde er bis heute warten. Und selbstverständlich würde sich die Politik von denen leiten lassen, die sie auch hört. Daher sein Appell an alle Grundschullehrkräfte: Wenn sie wollten, dass ihre Argumente und Sichtweisen im Kultusministerium Gehör finden, sollten sie diese auch schriftlich darlegen und dies den richtigen Stellen zukommen lassen, z.B. an die Abteilung 3 des Kultusministeriums.

Am Nachmittag gab es dann noch fünf verschiedene spannende Workshops und jede Menge zu essen.

So gingen die 80 Kolleg/innen aus der Grundschule am Ende zufrieden nach Hause und bereuten es nicht, einen sonnigen Samstag auf diese Weise verbracht zu haben.

Der Auftrag aber bleibt: Wir müssen lauter und sichtbarer werden!

Schreibt Briefe, in denen Ihr unser Fachwissen und unsere Forderungen deutlich macht. Lasst nicht mehr Laien die Diskussion bestimmen. Reagiert auf Presseartikel! Nur so können wir die Sichtweise der Öffentlichkeit verändern und auf eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse und damit der Lernverhältnisse unserer Schüler/innen hoffen. Im Interesse einer kindorientierten, qualitätvollen Bildungsarbeit in der Grundschule.

Tanja Czisch

Schulleiterin der Wilhelmschule Untertürkheim, Kreisvorsitzende im Team



Die aktive GEW

Vielfalt-Solidarität-Gerechtigkeit

lautete das Motto der diesjährigen bundesweiten 1.Mai Veranstaltungen. Philipp Vollrath, Vorsitzender des DGB Stadtverbandes Stuttgart, eröffnete die Kundgebung zu diesen Themen und ergänzte seine Ausführungen mit dem Thema Frieden. Er verwies auf die vielen Kriegs- und Krisenherde in der Welt und dass Deutschland als 4. größter Waffenexporteur seine Beteiligung nicht von der Hand weisen kann. Verwerflich ist auch die demnächst an der Messe Stuttgart stattfindende Waffenmesse ITEC. Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG-Bau, mahnte den fehlenden sozialen Wohnungsbau und die Beschäftigungsverhältnisse in der Baubranche an. Gegen „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ demonstrierten auch einige GEW-Mitglieder beim Demonstrationzug. Die Beschäftigten, die im Fortbildungsbereich DaZ und DaF (Deutsch als Zweitsprache/ Fremdsprache) arbeiten, fordern feste Einstellungen. Diese Gruppe bildete den größten Block innerhalb der GEW. Schade, dass nicht noch ein paar mehr Mitglieder zu diesem Tag zu mobilisieren waren.

Wie jedes Jahr beteiligte sich der Kreis Stuttgart auch wieder mit einem Stand auf dem Marktplatz. *Erwin Berger*



Ayten Karakas am Stand der GEW



Demozug am 1. Mai, vom Marienplatz zum Marktplatz

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Kreis Stuttgart, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart
Verantwortlich: Erwin Berger
Layout: Angelika Steinhilper

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Wer, wenn nicht wir...

GEW

Die aktive GEW



Die Vertrauensleute der GEW vor dem Löchnerhaus

Stress lass nach – Vertrauensleuteschulung GEW – Kreis Stuttgart im Löchnerhaus!

Glückliche Gesichter bei der abwechslungsreichen und gelungenen Vertrauensleuteschulung des GEW Kreises Stuttgart vom 19. März bis 21. März 2018. Schulungsort war das gemütliche Strandhotel Löchnerhaus am Bodensee.

Mit Fragen aus dem Schulalltag beschäftigten sich die Teilnehmer/innen zu Beginn der Schulung. Vertrauensleute aus allen Schularten brachten zusätzlich zu den vorbereiteten Fragestellungen ein breites und vielseitiges Spektrum an Fragen ein. Diese konnten mithilfe des GEW-Jahrbuchs und mit gemeinsamem Wissen beantwortet werden.

Am Dienstag stand der Tag unter dem Motto „Stress lass nach“. Zu diesem Thema konnte das Organisationsteam den Klinikchef und Psychiater Peter Czisch, gewinnen. Während des Hauptvortrages, gab es für alle Teilnehmer/innen viele Aha-Momente und die Erkenntnis: Stress ist nicht immer nur negativ und mit etwas Humor kann man vieles leichter nehmen. Mit vielen Anregungen und guten Informationen zum Umgang mit alltäglichen schulischen Stresssituationen konnten die Teilnehmer/innen einiges für ihren Schulalltag mitnehmen. Mit Interesse verfolgten die Vertrauensleute die Neuigkeiten aus der GEW und dem Ministerium.

Der Tagesordnungspunkt, - „Wir sind die Basis, GEW wo bist Du?“, eröffnete die Gelegenheit bildungspolitische Standpunkte der GEW zu diskutieren und anhand schriftlicher Notizen kritisch zu dokumentieren. Der Kreisvorstand hat nun die Aufgabe diese Rückmeldungen an Doro Moritz weiterzugeben und eine Austauschrunde mit ihr anzuregen.

Bei der gemeinsamen Rückfahrt war die einstimmige Meinung aller Teilnehmer/innen: „Es hat sich wieder sehr gelohnt!“ Das Organisationsteam Erwin Berger, Tanja Czisch, Dagmar Dreikluft und Doris Fries freuen sich schon auf die nächste Veranstaltung mit den Vertrauensleuten aus dem Kreis Stuttgart.

Doris Fries

Lehrerin am SBBZ, Gustav-Werner-Schule, Mitglied im Vorstand des ÖPR Stuttgart



Die GEW
tritt für Sie
ein.



Treten Sie
in die GEW
ein.



Technische Lehrkräfte an beruflichen Schulen: Jörg Sattur zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises gewählt

In der Sitzung des Landesarbeitskreises der Technischen Lehrkräfte der GEW (AK TL) am 14. April 2018 wurde Jörg Sattur zum Nachfolger von Reinhold Schröder als Vorsitzender des Landesarbeitskreises gewählt. Der AK TL ist integriert in die Fachgruppe der beruflichen Schulen der GEW. Er wurde vor 40 Jahren von Reinhold Schröder initiiert und seither von ihm geleitet. Sein Nachfolger Jörg Sattur ist Bäckermeister und seit 1995 Technischer Lehrer im Bereich Nahrung an der Gewerblichen Schule im Hoppenlau in Stuttgart. Dazu ist Jörg Sattur noch Mitglied des Bezirkspersonalrates berufliche Schulen am Regierungspräsidium Stuttgart, Mitglied in der Fachgruppe der beruflichen Schulen der GEW und der Teil der Kreisfachgruppe berufliche Schulen Stuttgart.

Arbeitskreis der Technischen Lehrkräfte

Der AK TL setzt sich speziell für die Belange der Technischen Lehrkräfte (TL) an beruflichen Schulen ein. Die TL leisten einen erheblichen Beitrag zur hohen Qualität des beruflichen Schulwesens in Baden-Württemberg. Der AK TL setzt sich dafür ein, dass die Arbeit der Technischen Lehrkräfte nicht nur mit lobenden Worten anerkannt wird, sondern dass auch konkrete Benachteiligungen abgebaut und Verbesserungen der Situation der TL umgesetzt werden.

Themen des AK TL

Dabei bilden folgende Themen den Schwerpunkt der Arbeit des AK TL:

- Beförderungs- und Einkommenssituation von TL
- Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung von TL
- Stellung der TL in Zeiten strukturellen Wandels an beruflichen Schulen

Erfolge des AK TL

So geht z. B. die Schaffung des Aufstiegslehrganges für Technische Lehrkräfte in das wissenschaftliche Lehramt direkt auf die Arbeit und den Einsatz der GEW zurück. Ebenso sind die Eingliederung der gewerblichen TL-Ausbildung an die Seminare, 97 neue Beförderungstellen 2015 und die Anerkennung von Mutterschutz und Elternzeit bei der Berechnung des Beförderungsjahrgangs Erfolge der GEW!



Forderungen des AK TL

- Zentrale politische Forderungen des Landesarbeitskreises Technische Lehrkräfte der GEW sind:
- Rücknahme der Kürzung des Entlastungskontingentes.
- Zusammenführung der Ausbildung der gewerblichen, hauswirtschaftlichen und kaufmännischen Technischen Lehrkräfte an den Seminaren.
- die Verbesserung der Ausbildung und der Rahmenbedingungen an den pädagogischen Fachseminaren und eine deutliche Erhöhung der Deputatsentlastung für die Technischen Lehrer/innen während der berufsbegleitenden Ausbildung.

- die Absenkung des Deputats auf das Deputat der wissenschaftlichen Lehrkräfte
- Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten durch die Anhebung des Stellenschlüssels für technische Lehrer/innen auf das Niveau des höheren Dienstes
- Anpassung des Aufstiegslehrganges (Öffnung der Fächerkombination und Zulassung von Lehrkräften unterhalb von A 12)
- Schaffung von zusätzlichen Möglichkeiten der Weiterqualifizierung für TL
- Berechtigung der abschlagsfreien vorzeitigen Zuruhesetzung nach dem Erreichen von 45 Jahren Dienst- und beitragspflichtigen Arbeitszeiten.
- Anhebung des Eingangsamtes für Technische Lehrkräfte an beruflichen Schulen auf A11

Weitergehende Informationen und aktuelle Mitteilungen können der Homepage des AK TL entnommen werden:

<https://www.gew-bw.de/berufliche-schulen/technische-lehrer/>

Falls Sie Fragen haben oder Interesse an der Mitarbeit im AK TL oder einfach nur einmal unverbindlich vorbeischauchen wollen können Sie sich auch gerne persönlich mit Jörg Sattur telefonisch (0711-4414322) oder per E-Mail (joerg_s68@web.de) in Verbindung setzen.

Jörg Sattur

Tarifbeschäftigte der Beruflichen Schulen bereiten sich auf die Tarifrunde 2019 vor

Vom 23. bis 25. Februar 2018, nahmen der Angestelltenvertreter des Bezirkspersonalrats Stuttgart Franz-Peter Penz und die Personalrätin einer kaufmännischen Schule Gabriele Stork, beide Mitglied bzw. Ersatzmitglied der Landestarifkommission für Berufliche Schulen, an der tarifpolitischen Schulung in Steinbach/Taunus teil.

Auf der zweitägigen Fortbildung erweiterten sie ihre Kenntnisse im Tarifvertragsrecht und gemeinsam mit Teilnehmern anderer Bundesländer tauschten sie sich für die nächste Tarifrunde aus.

Gabriele Stork



Brief an Gemeinderäte und OB Kuhn

Nachdem wir uns mit einem Schreiben im Januar 2018 an die Gemeinderäte und Herrn OB Kuhn gewandt hatten, haben wir von der CDU und SPD kurz darauf eine Antwort erhalten. Die CDU hat sich mit einem Antrag dazu an den Gemeinderat gewandt und Herr Körner von der SPD - Fraktion hat das Büro des OB gebeten, im Ältestenrat am 15.1. dazu einen Vorschlag zu machen.

Die STADISTEN des Gemeinderats haben nun im Mai 2018 nachgefragt, ob die Angelegenheit noch aktuell sei. Wir haben bisher noch keine Kenntnis von einer Entscheidung in der Sache erhalten und haben Die STADISTEN gebeten nachzufragen und um Unterstützung gebeten.

Etwas sonderbar finden wir schon, dass dieses Anliegen dem Bündnis 90 / Die Grünen und dem grünen OB Kuhn keine Antwortzeile wert ist – und das bei der bedenklichen Luftqualität in Stuttgart.

Erwin Berger

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreis Stuttgart

Kreisvorsitzende im Team:

Erwin Berger Am Wolfsberg 81 71665 Vaihingen
bergererwin@web.de Tel.: 0157 – 333 53 689
Tanja Czisch Arndtstr.35 70197 Stuttgart
czisch@emx.de Tel.: 0176 -390 888 39

Stuttgart, den 12.01.2018

Sehr geehrter Oberbürgermeister Fritz Kuhn,
sehr geehrter CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz,
sehr geehrte Bündnis 90/ Grüne Fraktionsvorsitzende Anna Deparnay-Gruneneberg,
sehr geehrter SPD Fraktionsvorsitzender Martin Körner,
sehr geehrte SÖS-Linke-Plus Fraktionsvorsitzende Thomas Adler und Hannes Rockenbauch,
sehr geehrter Freie Wähler Fraktionsvorsitzender Jürgen Zeeb,
sehr geehrter Herr Dr. Matthias Oechsner (FDP),
sehr geehrter Herr Dr. Ralph Schertlen (STADISTEN),

in einem Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 10.11.2017 wird den Bediensteten des Landes die Möglichkeit eröffnet an den Dienststellen ihre Pedelecs und E-Bikes / E-Zweiräder kostenlos aufzuladen. Aus haushaltstechnischen Gesichtspunkten wird von einer Entgelterhebung abgesehen, da der Aufwand den erzielenden Ertrag übersteigt (siehe Anlage).

Die Stuttgarter Bevölkerung leidet unter der schlechten Luftqualität und permanenter Belastung durch Feinstaub. Es wäre aus umweltpolitischer Sicht ein förderliches Zeichen, wenn es den Bediensteten der Stadt ebenfalls ermöglicht werden würde, ihre Pedelecs und E-Bikes / E-Zweiräder an den Dienststellen kostenlos aufladen zu können. Dies könnte zu einer vermehrten Bereitschaft der Bediensteten führen vom Auto auf Pedelecs und E-Bikes / E-Zweiräder umzusteigen.

Wir wollen Ihnen Herr Oberbürgermeister und den Gemeinderäten dieses Anliegen mitgeben, um es in Ihren Gremien zu beraten. Wir würden uns wünschen, dass die Stadt Stuttgart dem Beispiel des Landes folgt und auch den Bediensteten der Kommune diese Möglichkeit eröffnet.

Über eine Rückmeldung von Ihnen würden wir uns freuen, über ein positives Signal in diese Richtung natürlich noch viel mehr.

Mit freundlichen Grüßen


Tanja Czisch und Erwin Berger

GEW * Kreis Stuttgart * Silberstraße 7

Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr

2014 hat das Land Baden-Württemberg mit der Bundeswehr die bereits seit 2009 geschlossene Kooperationsvereinbarung neu aufgesetzt, im Wesentlichen aber nicht verändert. In dieser Kooperationsvereinbarung wird der Rahmen beschrieben, in dem die Jugendoffiziere über Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik im Schulunterricht sowie in schulischen Veranstaltungen informieren. Die Betonung liegt hier eindeutig auf der Friedenspolitik. Strittig bleibt, ob hier die Auslandseinsätze und deren regierungsnahe Rechtfertigung als Friedens- und Sicherheitspolitik, dazugehören.

Da die Kooperationsvereinbarung viele Nachfragen und Kritik mit sich bringt, veröffentlichte das Kultusministerium im Infodienst Schule, Juli 2015, eine Handreichung zum Umgang mit der Kooperationsvereinbarung.

Die Bundeswehr ist dort ein Arbeitgeber und darf anderen Arbeitgebern gegenüber nicht benachteiligt werden. Bei Jugendoffizieren ist eine Teilnahme verpflichtend, es darf aber nicht für den Arbeitgeber oder über Karrierechancen geworben werden. Anders sieht das bei den Bundeswehr-Karriereberatern aus, die etwas anderes sind, als die Jugendoffiziere. Sie können über den Arbeitgeber und die Karrierechancen informieren. Eine Teilnahme ist hier jedoch stets freiwillig. Kultusministerin Frau Dr. Susanne Eisenmann stellt jedoch in ihrem Schreiben vom 11. Dezember 2017 an den SPD-Landtagsabgeordneten Herrn Dorn unmissverständlich klar: "Die Schule muss dabei die Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass die Schülerinnen und Schüler, die nicht teilnehmen wollen, auch tatsächlich fernbleiben können." Das letzte Wort hat stets die verantwortliche Lehrkraft.

Es versteht sich von selbst, dass den Schüler/innen, die hier fernbleiben wollen, keine Nachteile entstehen.

Auch am Tag der Schulen kann keine Schülerin und kein Schüler verpflichtet werden teilzunehmen, dies muss stets freiwillig geschehen. Die Schule muss dafür Sorge tragen, dass die Schülerin oder der Schüler an einem anderen Unterricht teilnehmen kann. Es kann niemand gezwungen werden, am Tag der Schulen in eine Kaserne der Bundeswehr zu gehen. Im Übrigen gilt die Verwaltungsvorschrift „Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schulen“. Sie ist im GEW Jahrbuch 2018 auf Seite 74 ff abgedruckt.

Das Kultusministerium geht davon aus, dass wir Lehrkräfte mit den Vorgaben des Beutelsbacher Konsenses vertraut sind.

1. Überwältigungsverbot
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren.

Weiterführende Informationen sind auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung zu finden.

www.lpb-bw.de/beutelsbach-konsens

Die GEW Land hat hierzu ein GEW-Info, „Friedensbildung in Baden-Württemberg: Stärkung und Weiterentwicklung notwendig“ entwickelt, in dem auch die Forderungen der GEW und weiterführende Hinweise zu dem Thema enthalten sind: www.gew-bw.de/friedensbildung

Annemarie Raab

Aus dem Ausland

Ein Blick über den Tellerrand

Seit September 2017 bin ich in einer Kleinstadt mit 4 500 Einwohner/innen in Südungarn und unterrichte Deutsch an einer Grundschule. Zurückgelassen habe ich meinen Personalratsvorsitz beim ÖPR GHWRGS in Stuttgart, mein Mandat im HPR GHWRGS beim Kultusministerium, den GEW Kreisvorsitz und – meine Familie. Diese verantwortungsvollen Aufgaben habe ich eingetauscht für 25 Wochenstunden Unterricht in den Klassen 4 – 8. Ich unterrichte Technik und Deutsch und führe die Schüler/innen zum Deutschen Sprachdiplom Stufe 1, eingebunden in das Förderprogramm der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der deutschen Sprache im Osteuropa.

Warum bin ich freiwillig 1000 Kilometer in den Osten gegangen, obwohl doch alle zu uns wollen? Gerade deshalb. Nach vielen Jahren in der gewerkschaftlichen ehrenamtlichen Arbeit und der Personalratsarbeit habe ich einen Moment des Innenhaltens gebraucht und einen Blick über den Tellerrand, ob wir mit unseren gewerkschaftlichen Forderungen auf dem richtigen Weg sind. Es war mir ein Anliegen einen Blick von außen auf die Schullandschaft in Baden-Württemberg zu werfen und um über unsere gewerkschaftlichen Ziele nachzudenken. Zu überdenken, ob es sinnvoll und zielführend ist, sich für die Inklusion, ein verändertes Schulsystem, für eine demokratische Schule, eine bessere Bezahlung für die Lehrkräfte und pädagogischen Kolleg/innen einzusetzen.

Meine ungarischen Sprachkenntnisse halten sich in Grenzen. Das ist für mich ein riesiges Problem. Ohne Sprache kann eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gelingen. Doch Kurse in der ungarischen Sprache werden hier auf dem Land keine angeboten.

Die Vielfalt an Sprachen und Völkern war bis zum Ende des 2. Weltkriegs selbstverständlich. Bis nach dem zweiten Weltkrieg wurde hier in vielen Dörfern und Siedlungen Dialekt gesprochen. Nach dem zweiten Weltkrieg mussten die dagebliebenen Ungarn-deutsche häufig erst einmal ungarisch lernen, da die deutsche Sprache verboten wurde. Für mich bedeutet dies, dass viele Menschen hier deutsch sprechen, einkaufen, nach dem Weg fragen, essen gehen ist kein Problem. Zeitunglesen dagegen schon, ebenso Plakate, wenn eine Veranstaltung einmal tatsächlich plakatiert wird. Häufig finden sich diese Hinweise lediglich in den Facebook Gruppen. Wer da nicht drin ist, bleibt außen vor. Datenschutz und Facebook sind keine Freunde, so werde ich ohne Facebook hin und wieder vergessen.

Wer die Landessprache nicht kennt, ist anfällig für unreflektierte Informationen und Meinungen. Infos aus zweiter Hand sind jeweils nur gefilterte Informationen, die weitergegeben werden.

Kommunikation unter den Völkern kann nur mit Fremdsprachenkenntnissen stattfinden. Meine Schüler/innen lernen hier ganz gern deutsch. Sie können es auch gut. Ihre Aussprache ist weitgehend akzentfrei, ihre Rechtschreibung vorbildlich. Hier bin ich noch nicht dahintergekommen, woran dies liegt. Die Schüler/innen lernen wohl ab der 1. Klasse Deutsch, fangen jedoch erst in der 3. Klasse an zu schreiben, ganz klassisch schreiben sie erst einmal ab. Freies Schreiben kommt erst ab Klasse 5 vor. Mein Kollegium besteht überwiegend aus Frauen. Da verhält es sich nicht anders als bei uns.

Kleine Kinder – kleines Geld / große Kinder – großes Geld. Sie können sich jedoch jederzeit für andere Schularten weiterqualifizieren.

Die Lehrkräfte unterrichten weitgehend ihre studierten Fächer. Dies zeigt sich sehr positiv im Fach Musik. Sport hat in Ungarn einen sehr hohen Stellenwert. Fünf Wochenstunden Sport von ausgebildeten Sportlehrkräften klingt sehr nach bewegter Schule. Es geht jedoch um die Ertüchtigung des Körpers und das hat bekanntlich immer zwei Seiten.

Als Gast in diesem Land steht es mir nicht an, Kritik zu üben.

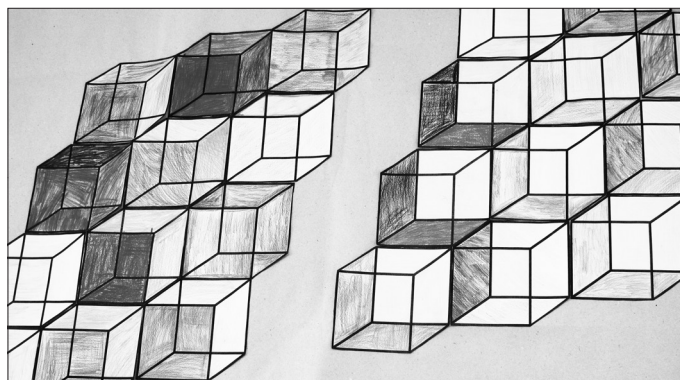
Deshalb hebe ich gerne das Positive hervor. Da wäre zu nennen:

- Der gute Geist am Schuleingang - er begrüßt jedes Kind, jeden Jugendlichen, jede Lehrkraft, die Eltern und jeden Besucher. An diesem guten Geist kommt keiner unerkannt vorbei. Sie kennt alle und regelt viele Kleinigkeiten völlig unkompliziert.
- „Die Putzgeister“ – sie halten die Schule von der Schulöffnung bis zur Schließung am späten Nachmittag sauber.
- Ein Computerfachmann – er verwaltet die Computer, das Netzwerk und hat für alle Fragen rund um die Medien ein offenes Ohr und eine Lösung.
- Das Sekretariat, das mit mehreren Beschäftigten permanent besetzt ist.
- Es gibt eine Krankenschwester, eine Heilpädagogin und pädagogische Mitarbeiterinnen.
- Große Klassen (> 24) werden für den Hauptfachunterricht getrennt.

Die Rahmenbedingungen sind hier gut.

Umstellen musste ich mich bei der Notengebung, hier ist die beste Note eine 5. Herausfordernd war für mich auch die Pausenaufsichtsregelung. Die Aufsicht beginnt um 7.15 Uhr und erstreckt sich über alle Pausen während des Unterrichtstages bis um 13.50. Zwischen den Pausen erfolgt auch noch der Unterricht. Das ist eine echte Herausforderung! Es gilt gut zu überlegen, ob ich an einem Tag Aufsicht mache, an dem ich viele Unterrichtsstunden habe, oder an einem Tag mit weniger Unterricht die freien Stunden am eigenen Arbeitsplatz im Lehrerzimmer nutze.

Bedauerlich ist, dass mein Jahr an der Grundschule in wenigen Wochen zu Ende ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Landesprogrammlehrkräfte nicht mehr an Grundschulen entsenden. Diese Entscheidung kann ich nicht nachvollziehen. Es ist jetzt so entschieden. Für mich bedeutet dies, entweder die Rückkehr nach Baden- Württemberg oder ein weiteres Jahr an einem Gymnasium in Ungarn.



Vasarely, der ungarische Op-Art Künstler ist Vorbild im Kunstunterricht

Zum Schluss möchte ich noch einige Sätze über mein Leben hier in Bóly schreiben. Es ist ein sehr ruhiges und beschauliches Leben. Umweltverschmutzung, Verkehrsprobleme, Klimaveränderung, Rechtsruck, soziale Probleme spielen hier augenscheinlich im Alltag keine Rolle. Eine bunte Vielfalt an kulturellem Leben ist hier nicht zu finden, erst wieder in Pécs (45 Minuten mit dem Bus), aber auf jeden Fall in Budapest (4 Stunden mit dem Bus).

Persönliches aus der GEW

Über eines habe ich mich doch sehr gewundert. Die Wahlen spielen im öffentlichen Leben keine große Rolle. Wahlkampf? Habe ich keinen mitbekommen. Außer den Plakaten am Straßenrand war nichts zu bemerken. Auch der Ausgang der Wahlen war kein besonderes Thema. Es war und bleibt auch weiterhin „Orban-Land“. Für die deutsche Minderheitenselbstverwaltung wurde ein Abgeordneter in das Parlament gewählt.

Wenn uns an dem ursprünglichen Gedanken der EU etwas liegt, gilt es den Blick in den Osten zu richten. Land und Leute kennenlernen schadet nie! Ihr seid herzlich eingeladen!

Annemarie Raab

Lehrerin im Auslandsschuldienst



Marianne Rank

Marianne Rank, langjähriges GEW-Mitglied, ist nach schwerer Krankheit im Februar 2018 verstorben. Über ihren Ruhestand hinaus war sie stets an bildungspolitischen Themen interessiert.



Insbesondere die Bedingungen der Lehrkräfte in der Inklusion begleitete sie kritisch konstruktiv. In ihrer aktiven Zeit als Lehrkraft engagierte sie sich in der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe und trug mit kreativen Anregungen und pragmatischen Ideen zur Diskussion über bildungspolitische Themen bei. Im Vordergrund standen bei ihr stets die Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen sowie die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte.

Mit Marianne Rank verliert die GEW eine engagierte Mitstreiterin, die auch „querdenken“ und damit neue Impulse setzen konnte.

Jubilarehrung - 25 Jahre Mitglied in der GEW

Dieses Jahr haben wir wie letztes Jahr die Mitglieder mit 25-jähriger Mitgliedschaft in der GEW zu einem Abendessen eingeladen. Diese Möglichkeit der Ehrung - alternativ zum Besuch eines Museums mit Führung und anschließendem Kaffeetrinken - wurde von den letztjährigen Teilnehmer/innen sehr begrüßt.

Es gibt in diesem Rahmen mehr Zeit für Gespräche, besonders wenn Mitglieder sich jahrelang nicht mehr gesehen haben.

Auch dieses Mal gab es rege und anregende Gespräche zu aktuellen bildungspolitischen Themen. Das Restaurant im Kursaal bot dazu einen kleinen festlichen Rahmen für die vorgenommene Ehrung durch Tanja Czisch und Erwin Berger.



Termine im Kreis

Kreisarbeit / Personalratsarbeit – was ist das?

Informationsnachmittag für Mitglieder im Kreis, die sich gerne an der Kreisarbeit beteiligen wollen oder Interesse an einer Kandidatur bei den Personalratswahlen 2019 haben.
Freitag 29.06.2019 um 14.00 Uhr
GEW, Silberstraße 7, Großer Saal (Hinterhaus)

Mutterschutz – Elternzeit – Teilzeit

Informationen, Fragen und Antworten dazu gibt Daniela Weber
Montag, 02.07.2018 um 16.00 Uhr
GEW, Silberstraße 7, Großer Saal (Hinterhaus)

Fachtag FrauenStärken - Digitalisierung und Gleichstellungspolitik im Wandel

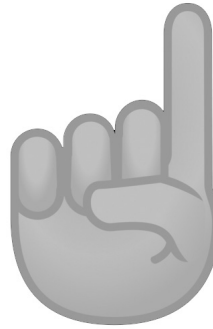
Donnerstag, 12.07.2018
Willi-Bleicher Haus, Willi-Bleicher Straße 20, 70174 Stuttgart

Personalversammlung GHWGRS

Donnerstag, 18.10.2018 um 13.00 Uhr
Hospitalhof Büchsenstraße

Mitgliederversammlung GEW-Kreis Stuttgart

Dienstag, 23.10.2018 um 18.00 Uhr
Ort: wird noch bekannt gegeben



Ein Finger - Zeig (lat.: digitus) zum Thema: Digitalisierung

Digitalisierung bezeichnet im ursprünglichen Sinne die Umwandlung von analogen Werten in digitale Formate. Die digitalen Informationen lassen sich so in allen Bereichen des Lebens technisch verarbeiten.

Bücher, Fotos, Landkarten, Termine, Geldscheine u.v.m. werden durch eine Codierung in Nullen und Einsen zu langen Zahlenketten die irgendwo im Nirgendwo als elektronische Daten gespeichert sind.

Und was ist aus den analogen Inhalten geworden, die wir so in digitale Formate verwandelt haben?

Beim Autofahren muss man keine Umgebung mehr kennen und schon gar keine Karten mehr lesen können und demnächst muss man beim Wandern auch nicht mehr nach dem Weg schauen, weil das Navi so herrlich digital und per App lotst. Bis dann im nächsten Hafenbecken oder im Moor,- „die Route wird neu berechnet“ oder ein schlichtes „bitte wenden“ eine Verhaltensänderung herbeiführen soll. Nur wohin soll man sich dann wenden, wenn man nicht mehr weiß, wo man ist?

Und die Kids, die mit den neuen Medien aufgewachsen sind, benutzen zum Klingelknopfdrücken den Daumen, weil der viel muskulöser und beweglicher ist als der Zeigefinger. Ja, die Macht des Fingers wird hier ganz neu aufgezeigt, weil sich keiner mehr die Hände schmutzig machen muss. Es genügt, den Finger ein wenig krumm zu machen und schon huscht er über das Display und die Tastatur. Mit diesem Fingerzeig steht einem ja auch das Wissen der gesamten Menschheit zur Verfügung, denn was mal digital erfasst ist, können alle wissen und vergeht nie.

Jede Suchmaschine kann innerhalb Sekundenbruchteilen Millionen von Antworten liefern. Die wahre Herausforderung ist jedoch geworden, die richtigen Fragen zu stellen – zu lernen, Informationsdiensten mit präzisen Fragen die gewünschten Informationen zu entlocken. Vor allem aber, müssen wir Antworten aus allen Quellen auf Relevanz und Glaubwürdigkeit überprüfen können.

Die Risiken dämmern hier nur langsam, – wenn aus Programmierern langsam programmierte werden, die man dauerüberwachen und dauerkontrollieren kann, wenn Privatsphäre eine öffentliche Plattform wird, Autonomie und Selbstbestimmung einem penetrant am Bildschirmrand geraubt werden. Wenn für Bürger, Demokratie eine Worthülse ist, weil sie eine Meinung haben, ohne Hintergründe zu kennen, ist dies erschreckend. Sie werden mit vorgefertigten Meinungsbildern gefüttert, durch Blogs oder Podcasts. „Social Media Apps“ sind die perfektionierte Indoktrination im World Wide Web.

Früher wurde man vor Stammtischparolen durch eine massive Gasthaustür geschützt, inzwischen ist man ihnen in den Kommentarspalten aller öffentlichkeitswirksamen Blogs schutzlos ausgesetzt. Macht der Fortschritt die Bildung zu Informationen und Pädagogik zu einer Technik des Abrichtens junger Menschen, damit sie in der digitalisierten Welt entsprechend funktionieren? Kritisches Sehen und deutliches Fragen wird also immer nötiger. Besonders selbstkritisches Fragen: Wer bekommt meine Daten im WWW? Die Digitalisierung kann auch uns zu ihrem Werkzeug machen, das uns nur auf einen Finger reduziert. Doch mit einem Finger (lat.: digitus) kann man tasten, fühlen, wischen und tippen. Solange der Finger aber noch an einem analogen Kopf hängt, der ihn lenkt, kann man sich bei manchen Sachen auch mit dem Finger an den Kopf tippen! So, dass uns immer noch ein Licht aufgehen kann.

Doris Fries

Eine
Erinnerungs-
woche:

29. Juni bis
7. Juli 2018



Schlaf, Kindlein, Schlaf ...

Ist eine Erinnerungswoche vom 29. Juni - 07. Juli 2018, die an die unvorstellbare Perversität ideologisch motivierter Verbrechen an Kindern, ihre Folterung und Ermordung im Namen der „Medizin“ erinnert. Die Veranstalter, Initiative Stolperstein Stuttgart-Vaihingen und AnStifter haben ein umfangreiches einwöchiges Programm auf die Beine gestellt, das unter www.erinnerungswoche.de einsehbar ist.

Der Veranstaltungsort ist vorwiegend das Stadtpalais-Museum für Stuttgart, Stuttgart Mitte, Konrad-Adenauer-Str. 2, Haltestelle Charlottenplatz.

Die Erinnerungswoche basiert auf ehrenamtlichem Engagement. Zur Bestreitung der Aufwendungen kann man die Initiative unterstützen unter:

Konto: Die AnStifter, GLS-Bank IBAN: De31 4306 0967 7000 5827 01, Verwendungszweck: Erinnerungswoche